

**Postulat Ueli Stückelberger (GFL)/Raymond Anliker (SP)/Annemarie Sancar-Flückiger (GB): Fair-Trade-Produkte: Engagement der Stadt Bern ausbauen**

Im Vorfeld der 5. WTO Ministerkonferenz in Cancun fand am 1. September 2003 auf dem Waisenhausplatz die „Fair Trade Fair“ (ein grosser Markt und ein internationales Symposium) statt. Sie stand unter dem Patronat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, Claro, Coop, Max Havelaar und Migros und war ein Teil von weltweiten Aktionen, die verschiedene Seiten des Welthandels thematisieren wollten. Dieser Anlass war ein voller Erfolg. Der Gemeinderat hat Bern offiziell für einen Tag zur „Fair Trade City“ erklärt. So hat die Stadt Bern die Fair Trade Fair vom 1. September 2003 in lobenswerter Art und Weise unterstützt. In Deutschland und Grossbritannien gibt es bereits Städte, welche das Label „Fair Trade City“, auch als längerfristiges Instrument des Stadtmarketings einsetzen.

Der faire Handel will Rücksicht auf Mensch und Natur nehmen. Kleinbäuerinnen und -bauern und andere Produzentinnen und Produzenten sollen in Würde von ihrer Arbeit leben können, nicht dank Almosen, sondern auf der Basis ihrer eigenen Leistung. Wie die „Fair Trade Fair“ zeigte, sind viele Nahrungsmittel, aber auch Holz, Teppiche etc. aus dem fairen Handel erhältlich. Im internationalen Vergleich hat die Schweiz die Nase vorn. In keinem anderen Land der Welt ist heute der Marktanteil fair gehandelter Produkte höher. Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Die „Fair Trade Fair“ darf kein einmaliges Ereignis bleiben. Zwar kann die Stadt Bern den weltweiten Handel nicht umkrempeln. Umso mehr sind die Unterzeichnenden der Meinung, dass die Stadt Bern dort ihren Handlungsspielraum voll zu Gunsten von Fair-Trade-Produkten nutzen soll, wo sie über einen solchen verfügt.

Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichnenden den Gemeinderat, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. In der Stadtverwaltung (inkl. Kantinen, Sportbetriebe, Tierpark etc.) sollen möglichst Fair-Trade-Produkte verwendet werden. Der Gemeinderat soll eine entsprechende Weisung ausarbeiten. Zudem sind die städtischen Mitarbeitenden über Fair-Trade-Produkte zu informieren bzw. zu sensibilisieren.
2. Der Gemeinderat soll in den öffentlichen Betrieben/Anstalten der Stadt Bern (Stadtbauten, ewb, BernMobil etc.) seinen Einfluss dahingehend geltend machen, dass diese wo möglich und sinnvoll Fair-Trade-Produkte verwenden bzw. fördern.
3. Der Gemeinderat soll die Berner Bevölkerung auf Fair-Trade-Produkte sensibilisieren, in diesem Sinne sich auch für eine erneute Durchführung einer „Fair Trade Fair“ in Bern engagieren und längerfristig die Kreation eines „Fair Trade City“-Labels anstreben.
4. Um ein kontinuierliches Verfolgen der Anstrengungen zu gewährleisten, wäre es sinnvoll, die Fair Trade Verantwortung innerhalb der Stadtverwaltung klar zu regeln.

Bern, 11. März 2004

*Postulat Ueli Stückelberger (GFL), Raymond Anliker (SP), Annemarie Sancar-Flückiger (GB), Barbara Streit-Stettler, Conradin Conzetti, Anna Coninx, Verena Furrer-Lehmann, Sylvia Spring Hunziker, Barbara Mühlheim, Margareta Klein-Meyer, Sabine Schärker, Walter Christen, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Rolf Schuler, Markus Lüthi, Béatrice Stucki, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Beat Zobrist, Michael Aebersold, Christof Berger, Andreas Flückiger, Oskar Balsiger, Andreas Zysset, Michael*

Jordi, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Doris Schneider, Daniele Jenni, Natalie Imboden, Erik Mozsa, Christian Michel, Peter Künzler, Margrit Stucki-Mäder

### **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat unterstützt die Fair-Trade-Bestrebungen. Mit Fair Trade wird der partnerschaftliche Handel mit den Ländern der südlichen Hemisphäre gefördert. Mit mehr Gerechtigkeit im Welthandel kann dem wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle wirksam begegnet werden. Entsprechend lautet auch die Definition von FINE, dem Dachverband der 4 wichtigsten Fair-Trade-Netzwerke:

„Fairer Handel ist eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Absicherung sozialer Rechte für benachteiligte ProduzentInnen und ArbeitgeberInnen – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.

Fair-Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit VerbraucherInnen) für die Unterstützung der ProduzentInnen, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels“.

In der Schweiz vergibt Max Havelaar das Gütesiegel für Fair-Trade-Produkte, handelt jedoch nicht mit den Produkten. Eine Importorganisation ist z.B. Claro, die die Produkte zum Teil in eigenen Läden vertreibt, zum Teil auch über die Grossverteiler. Folgende Kriterien stehen für Fair-Trade-Produkte im Vordergrund:

- Max Havelaar-Produkte stammen von Kleinbauernorganisationen mit demokratischer Struktur, deren Besitzer und Besitzerinnen die gesetzlichen Mindestnormen bezüglich Lohn und Sozialleistungen gegenüber ihrer Arbeiterschaft einhalten.
- Die begünstigten Bauernfamilien, Arbeiterinnen und Arbeiter bestimmen selbst über die Verwendung der Mehrerlöse aus fairem Handel.
- Die Produzentenorganisationen und Plantagen verfügen über eine effiziente Struktur zur Exportabwicklung.
- Sie arbeiten an einem nachhaltigen Entwicklungsprozess und fördern umweltfreundliche Anbau- und Verarbeitungsmethoden.

Der Marktanteil von Fair-Trade-Produkten und deren Anzahl ist noch recht bescheiden. So liegt der Anteil von Kaffee gegenwärtig bei ca. 5%, von Bananen bei ca. 15% und von Orangensaft bei ca. 7%. Weitere Produkte sind u.a. Teppiche, Blumen, Tee, Honig, Gewürze und Nüsse.

Das EU-Parlament hat 1998 festgestellt, dass fairer Handel die effektivste Art der Wirtschaftsförderung ist. Auch der Gemeinderat unterstützt die Ziele des „Fair Trade“ und ist bereit, im Sinne des Postulats zu prüfen, wie die Stadt Bern sie nachhaltig unterstützen kann.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 11. August 2004

Der Gemeinderat